

Protokoll Verhandlungsgruppe Kita-Verträge am 23.05.2011

Beginn: 14.00 Uhr
Ende: 15.15 Uhr

Teilnehmer/innen: s. Anwesenheitsliste (Anlage)

Frau Gattermann begrüßt zunächst die anwesenden Vertreter/innen.

Sie fragt nach, ob es hinsichtlich des Protokolls der letzten Zusammenkunft vom 09.05.2011 Korrekturbedarf gibt. Folgende Ergänzungen werden gewünscht:

Frau Makies bittet um Ergänzung zu TOP 1 Personalkosten, dass erläutert wurde, dass in den genannten 30 % Arbeitgebernebenkosten auch die Kosten der Mitarbeiter- bzw. Personalvertretung enthalten sind.

Frau Pilkowsky bittet um Hinzufügung eines Absatzes zur Frage der Anpassung des Leitungsschlüssels zu diesem TOP. Dieser lautet nunmehr wie folgt:

„Herr Urbach trägt vor, dass aus Sicht der Träger auch der Leitungsschlüssel an die veränderten Erfordernisse angepasst bzw. erhöht werden müsste. Gründe dafür sind u.a.:

Im Laufe der letzten fünf Jahre ist eine Reihe von neuen und umfangreichen Aufgaben auf die Leitungen zugekommen:

Qualitätsmanagement, weitere umfangreiche Dokumentationen und Nachweisführungen, mehr verhaltensauffällige Kinder, umfangreichere Elternarbeit

Frau Gattermann erwidert, dass von Seiten der Stadt hierzu keine Verhandlungsbereitschaft bestehe. Sofern die Freistellungsanteile der Leitungen nicht reichen, müsste der Träger ggf. intern Arbeitsbereiche umstrukturieren und Aufgaben anders verteilen. Die einzige Alternative, die sich die Stadt dazu sonst vorstellen könnte, wäre eine Berechnung der Freistellung nach dem Beschluss der Stadtvertretung Norderstedt vom 29.08.1995 (siehe Anlage 1 des laufenden Vertrages). Dies würde für die Träger eher weniger Zuschüsse bedeuten als bei der derzeitigen Regelung.“

Hinsichtlich der für heute geplanten Besprechungspunkte führt Frau Gattermann zunächst aus, dass die Stadt zwischenzeitlich das Angebot der Träger für eine Pauschalierung der Verpflegungskosten geprüft habe. Die Stadt sei mit einem Pauschalsatz von 40 € monatlich (75 € monatlich abzüglich Elternbeitrag von 35 € monatlich) je Verpflegungsplatz einverstanden, so dass dieser Punkt hiermit als erledigt gelten könne.

Als Tagesordnungspunkte verblieben somit die Personalkosten, die Sachkosten, der Bauunterhalt und die Besprechung des zwischenzeitlich an die Träger versandten überarbeiteten Vertragstextes.

TOP 1

Personalkosten

Herr Urbach erklärt, dass von allen Trägern akzeptiert werde, den TVöD als Grundlage für die Bemessung der Personalkosten zu nehmen. Tarifierhöhungen müssen sich aber dann auch unterjährig im Rahmen des Finanzierungsvertrages realisieren lassen.

Frau Gattermann erklärt, dass dies dann über Nachtragshaushalte abgewickelt werden müsse.

Es besteht damit Einvernehmen über folgende Pauschalen pro Betreuungsstunde je tatsächlich betreutem Kind im Monat nach Betreuungsarten:

Krippe 121,00 €; Elementar 47,00 €; Hort 62,00 €; Integration 60,00 €; Wald 81,00 €, Familie 81,00 €

Für die Leistung beträgt die Pauschale pro Kind im Monat danach 56,99 €

TOP 2

Sachkosten

Frau Gattermann schlägt als neue Monatspauschale je betreutem Kind 10,33 € als Festbetrag für fünf Jahre vor. Basis hierfür sind die bisher vereinbarten 10,20 €, was eine Steigerung beinhaltet, da die Kosten für den Bauunterhalt zukünftig hierin nicht mehr enthalten seien. Hinzu kommen die auf eine Pauschale umgerechneten bisherigen jährlichen 300 €-Investitionspauschalen je Gruppe, so dass sich die o.a. neue Pauschale ergebe.

Frau Reinders führt aus, dass sich aus allen Positionen des Vertrages zusammen, Mehrkosten von ca. 1 Mill. € errechnen würden. Die Erhöhungen müssten für den städtischen Haushalt begründbar, also auch realistisch sein.

Frau Gattermann weist auf den Budgetgedanken bei den Betriebskosten hin.

Herr Büth sieht eine Festlegung auf 10,33 € kritisch, wenn im Hinblick auf ein mögliches Inflationsrisiko keine Indexierung über fünf Jahre vereinbart wird.

Frau Gattermann weist darauf hin, dass in § 7 des Vertrages bereits eine Regelung für den Fall extremer Preisentwicklungen getroffen worden war.

Es schließt sich eine intensive Diskussion an.

Die Träger teilen letztendlich mit, dass sie zunächst einmal das Gesamtpaket für sich durchrechnen möchten.

TOP 3

Bauunterhalt

Die Träger sind mit einer monatlichen Platzpauschale von 21,50 € (Bauunterhalt 1) bzw. 5,10 € (Bauunterhalt 2) gemäß des städtischen Vorschlages einverstanden.

Herr Urbach hegt allerdings noch Bedenken bei Einrichtungen deren Gebäude sich bereits in der „2.Lebenshälfte“ befinden. Frau Reinders wendet ein, dass beim Vorliegen besonderer Umstände im Notfall immer noch die Möglichkeit bestünde, über Einzelfalllösungen zu entscheiden.

Abschließend wird festgehalten, dass somit nur noch die Sachkostenpauschale zu klären bleibe.

TOP 4

Besprechung der Vertragsübersicht

Die übersandte Vertragsübersicht wird gemeinsam Punkt für Punkt durchgegangen und besprochen. Dabei ergeben sich folgende Anmerkungen:

§ 1 Nr. 2 letzter Absatz

Der gestrichene Teil zum Thema Kostenausgleich kann einvernehmlich gestrichen bleiben.

§ 2 Nr. 4

Der Verweis auf den TVöD ist so in Ordnung.

§ 2 Nr. 8

Es ist noch eine Einarbeitung der Folgen, die sich aus der Einführung des Bildungs- und Teilhabepaketes nach SGB II bzw. SGB XII ergeben notwendig. Derzeit wird noch juristisch geprüft, ob hierzu die Kita-Satzung und/oder die Sozialstaffelrichtlinien geändert werden müssen. Ggf. wird hier noch eine Anpassung in der Sommerpause erfolgen.

§ 4 Nr. 3 (Rechtsanspruch)

Eine einvernehmliche Lösung ist gemeinsames Anliegen. Frau Gattermann wird hierzu einen neuen Formulierungsversuch unternehmen.

§ 7 Nr. 1 2.Absatz

Die Worte „und des integrativen Mehrbedarfs“ sind zu streichen.

§ 7 Nr. 2

Der letzte Satz ist zu streichen.

§ 7 Nr. 3

Der Text ist gem. der zu den Personalkosten getroffenen Vereinbarungen neu zu formulieren.

§ 7 Nr. 9

Der Inhalt soll im Grundsatz unverändert bleiben. Der Wortlaut ist aber noch anzupassen.

§ 7 Nr. 13 (Verpflegungskosten)

Es ist eine neue Formulierung notwendig.

§ 8 Nr. 1

Es sind die Worte „erstmals zum 01.12.2006“ zu streichen.

§ 13

Hier muss es heißen: „Er wird befristet bis zum 31.Dezember 2016 geschlossen“.

Es besteht Einvernehmen darüber, dass der zu berücksichtigende Verwaltungskostenbeitrag auch weiterhin 5 % betragen soll.

Frau Gattermann teilt mit, dass der Vertragstext seitens der Stadt noch mit dem Fachbereich Recht abzustimmen ist und hinsichtlich der Kosten ebenfalls noch hausinterner Abstimmung bedarf. Sollten sich hierbei noch Probleme ergeben, könnten eventuell noch zusätzliche Sitzungen der Verhandlungsgruppe in den Sommerferien notwendig werden.

Die nächste Sitzung der Verhandlungsgruppe findet wie geplant am Montag, 20.06.2011 um 14.00 Uhr in Raum 307 zu den Themen Vertragstext, Sachkosten und weiteres Verfahren statt.

Im Auftrage

Jové Skoluda

Verteiler

Mitglieder der Verhandlungsgruppe
Frau Reinders
Rechnungsprüfungsamt
Bericht Fachausschuss